

VERKEHRSMINISTER

Nervige Demokratie

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) muss sich von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Nachhilfe im Hauptfach Parlamentarismus erteilen lassen. Weil die SPD-Fraktion drei sogenannte Kleine Anfragen mit jeweils mehr als 100 Fragen an Ramsauers Haus gerichtet hatte, beschwerte sich der Ressortchef beim Bundestagspräsidenten. Die Anfragen zum Stand wichtiger Verkehrsprojekte in drei Bundesländern, so Ramsauer, widersprächen vom Umfang und von der Struktur her dem Wesen einer Kleinen Anfrage. „Unter den gegebenen Voraussetzungen ist die Beantwortung durch die Mitarbeiter meines Hauses nicht leistbar.“ Es könne nicht sein, dass „die generelle Arbeitsfähigkeit eines Ministeriums substantiell eingeschränkt wird“. Die von Ramsauer erhoffte Antwort blieb allerdings aus. Lammert erwiderte, dass „die Bundesregierung grundsätzlich zur inhaltlichen Beantwortung parlamentarischer Anfragen verfassungsrechtlich verpflichtet“ sei. Und weiter: „Eine Grenze des Anspruchs auf vollständige und zutreffende Beantwortung könne sich in Einzelfällen nur unter ganz besonderen Umständen ergeben.“ Dieses sei hier aber nicht der Fall. „Ich erwarte, dass Ramsauer unsere Fragen nun umgehend beantwortet“, sagt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-



Ramsauer, Lammert

Fraktion, Sören Bartol. „Offenbar hat der Minister Angst, dass klar wird, dass er sich nur um die Verkehrsprojekte von CSU-Bundestagsabgeordneten gekümmert hat.“ Das Verkehrsministerium verweist darauf, es sei nicht darum gegangen, die Antworten zu verhindern. Das Anliegen Ramsauers habe nur darin bestanden, nicht so viele Fragen in so kurzer Zeit beantworten zu müssen.



TIM BRAUNE / DPA

Piraten-Parteitag in Neumarkt

PIRATEN

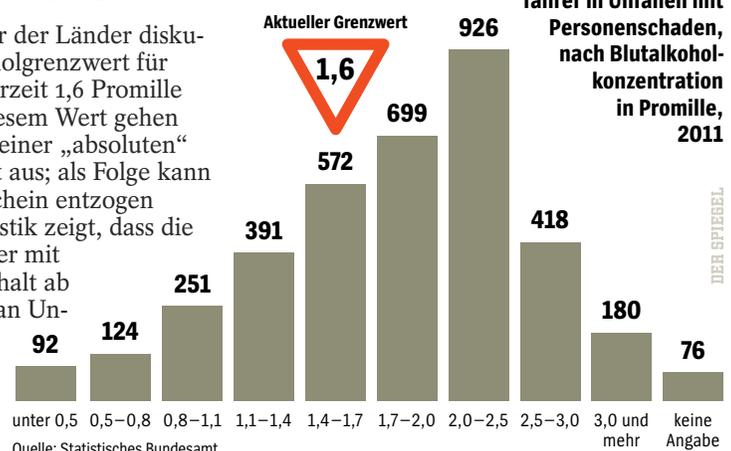
Dubioser PR-Berater

Eine Personalie könnte den Bundestagswahlkampf der Piraten verderben. Mehrere Spitzenkandidaten engagierten den PR-Berater Günther B. für ihre Auftritte. Nun holt den langjährigen Offizier ein Vorgang aus seiner Bundeswehrzeit ein: Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Untreue und Bestechlichkeit, wie ein Sprecher der Bonner Staatsanwaltschaft bestätigte. Der damalige Leiter von Bundeswehr TV soll 2010 und 2011 eine Berliner Produktionsfirma mit Aufträgen versorgt haben, ohne dass eine Gegenleistung erfolgte. Honorare sollen an ihn zurückgeflossen sein. Ermittler durchsuchten im Jahr 2011 die Medienzentrale der Bundeswehr in Sankt Augustin. Pikant an dem Vorwurf: Die Staatsanwaltschaft vermutet, dass Chris Linke, die Pressesprecherin der Berliner Piraten, hinter der Produk-

tionsfirma steht. Gegen sie wird in dem Verfahren wegen Bestechung ermittelt. Chris Linke war Günther B. bei den Piraten behilflich. Nach Angaben eines Bundestagskandidaten empfahl sie B. für den Beraterjob. Auf Anfrage erklärte er, seine Berater-tätigkeit Mitte Mai beendet zu haben. Davon wussten am vergangenen Freitag viele seiner Schützlinge nichts. Zu den Ermittlungen wollte er sich nicht äußern. Chris Linke bestreitet über ihren Anwalt den Vorwurf der Bestechung, will aber nicht detailliert dazu Stellung nehmen. Sie war zuletzt wegen Amigo-Vorwürfen gegen den Berliner Fraktionschef Christopher Lauer in die Schlagzeilen geraten. Ihre Tochter ist seit Dezember mit Lauer liiert. Im April wurde Linke zur Pressechefin befördert. Die Fraktionsspitze wies den Verdacht der Vetternwirtschaft zurück.

Gefährlicher Suff

Die Innenminister der Länder diskutieren, den Alkoholgrenzwert für Radfahrer von derzeit 1,6 Promille zu senken. Ab diesem Wert gehen die Gerichte von einer „absoluten“ Fahruntüchtigkeit aus; als Folge kann der Pkw-Führerschein entzogen werden. Die Statistik zeigt, dass die Zahl der Radfahrer mit einem Alkoholgehalt ab 0,8 Promille, die an Unfällen mit Personenschäden beteiligt waren, deutlich gestiegen ist.



Alkoholisierter Radfahrer in Unfällen mit Personenschäden, nach Blutalkoholkonzentration in Promille, 2011

DER SPIEGEL